

# Auswertung des Kandidatencheck des Agrarbündnis Niedersachsen – vielfältig, fair, bäuerlich

Die unterzeichnenden Organisationen des „Agrarbündnis Niedersachsen – vielfältig, fair, bäuerlich“ aus den Bereichen Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucher, Tierschutz und Entwicklungszusammenarbeit möchten mit dem Kandidatencheck die Diskussion um eine gesündere, nachhaltigere und weltweit gerechtere Lebensmittelerzeugung führen.

## Für eine vielfältige, faire, bäuerliche Agrarpolitik in Niedersachsen

Niedersachsen gilt als Agrarland Nr. 1 in Deutschland, die Ernährungsindustrie ist beim Umsatz das zweitstärkste Wirtschaftssegment im Land. Die Fleischproduktion hat in den letzten Jahren enorme Wachstumsraten verzeichnet und produziert weit über den eigenen Bedarf hinaus für den Export. Damit steht Niedersachsen gleichzeitig in der Verantwortung für globale Auswirkungen, die eine solche Überschussproduktion und Weltmarktorientierung mit sich bringt. Dazu gehören insbesondere die Auswirkungen des steigenden externen Flächenverbrauchs für Futtermittelimporte wie auch die negativen Auswirkungen auf lokale Märkte in Entwicklungsländern durch Exporte von Fleischkleinteilen. Dennoch bringen die Erzeugerpreise keine langfristige Kostendeckung für die heimischen LandwirtInnen.

In Niedersachsen selbst ist das Bild der Landwirtschaft gezeichnet von rasantem Höfesterben, immer mehr Massentierhaltung, dem niedrigsten Anteil von Ökolandbau in Deutschland, großflächig belastetes Grund- und Oberflächenwasser, erhöhte Keimbelastung aus Großställen, immer mehr Maismonokulturen, Überproduktion und Exportorientierung mit den bereits genannten Auswirkungen.

Themen wie Massentierhaltung aber auch Biogasanlagen haben in den letzten Jahren in der niedersächsischen Bevölkerung und auch unter den LandwirtInnen zu zahlreichen Protesten geführt. Die niedrigen Verbraucherpreise für Fleisch- und Milchprodukte sind nur durch existenzbedrohende Erzeugerpreise möglich. Sie blenden die hohen gesellschaftlichen Folgekosten aus und bürden diese dem Steuerzahler, der Umwelt und den nachfolgenden Generationen auf.

Es braucht eine vielfältige, faire, bäuerliche Agrarpolitik in Niedersachsen, die die landwirtschaftliche Erzeugung an der verfügbaren Fläche, dem Schutz von Umwelt und Klima, dem Erhalt bäuerlicher Betriebe, den globalen Auswirkungen sowie einer artgerechten Tierhaltung orientiert.



## Der Massentierhaltung Grenzen setzen

In Niedersachsen werden immer mehr Großställe zur Geflügel- und Schweinemast gebaut. Bei der Massentierhaltung sind vorbeugende Arzneimittelgaben an der Tagesordnung, weil die zugelassenen Haltungsmethoden die Tiere krank machen. Durch diesen Medikamentenmissbrauch bilden sich antibiotikaresistente Keime aus, die Tiere und zunehmend auch Menschen gefährden. Bei der stark von Futtermittelimporten abhängigen Fleischproduktion fallen enorme Mengen Trockenkot und Gülle an, die unkontrolliert verkauft und ausgebracht werden. Schlechte Grundwasserqualität ist nur eine Folge. Die Agrarförderung unterstützt zu großen Teilen die weitere Produktionsintensivierung.

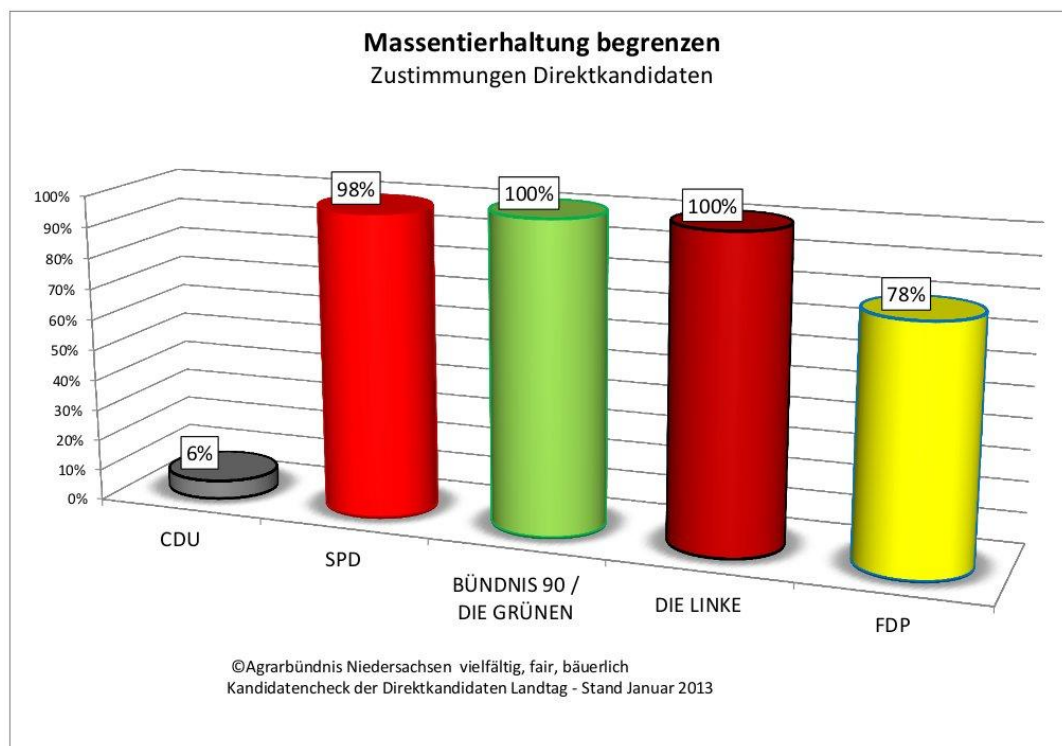
Die Haltungsbedingungen von Tieren müssen so ausgestaltet sein, dass sie artgerecht und auf eine massive Reduktion des vorbeugenden Antibiotikaeinsatzes ausgerichtet sind.

Tiermast braucht eine Flächenbindung an den Produktionsstandort, um die anfallenden Kot- und Güllemengen ohne Überdüngung lokal unterzubringen. Um die Überdüngung zu stoppen, muss insbesondere in den Intensivgebieten die Nährstoffzufuhr stark begrenzt werden. In die Düngebilanz muss jegliche Nährstoffzufuhr mit einfließen, dies muss flächengenau aufgeführt und überprüft werden.

Die Privilegierung von Stallbauten im Außenbereich ist auf bäuerliche Betriebe und flächengebundene Tierhaltung zu begrenzen. Anlagen, die so groß sind, dass sie eine Genehmigung durch das Bundesimmissionsschutzgesetz benötigen oder eine Umweltverträglichkeitsprüfung brauchen, sind kategorisch auszuschließen.

Der Export von hier schlecht verkäuflichen Fleischkleinteilen zu Dumpingpreisen in die so genannten Entwicklungsländer muss gestoppt werden.

1. **Unterstützen Sie eine entsprechende Überarbeitung der Tierschutz-Nutztierverordnung, der Gülleverordnung und des Bau- und Immissionsschutzgesetzes und setzen sich für eine global tragfähige Agrarpolitik in Niedersachsen ein?**

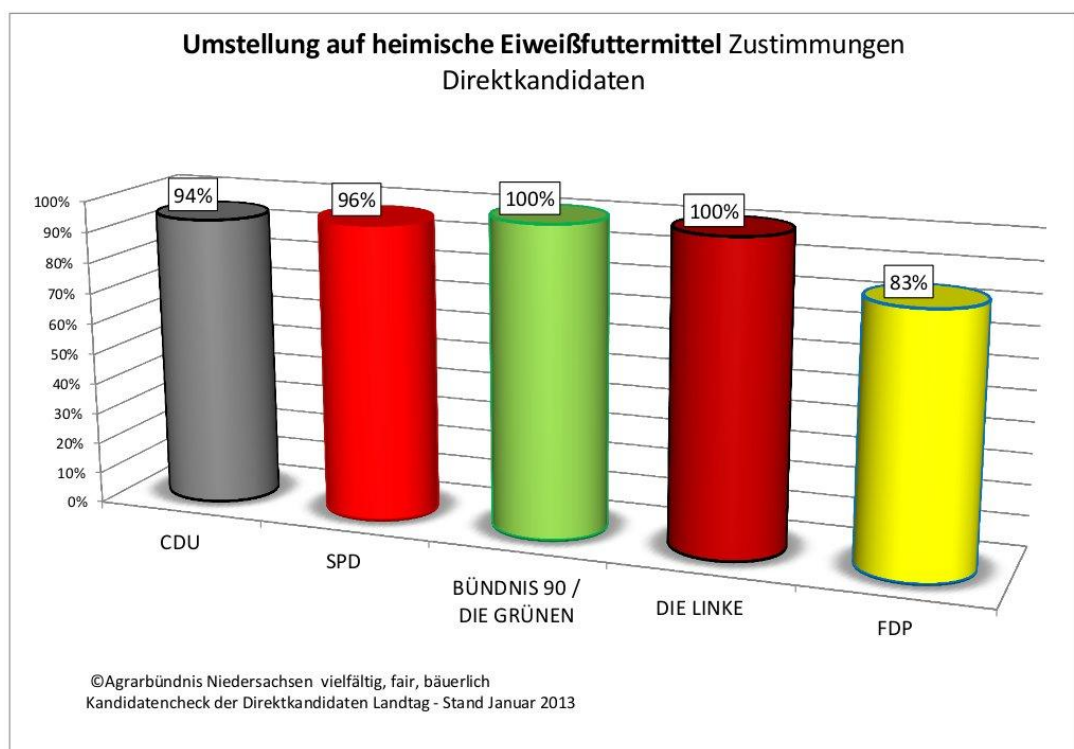


## Langfristige Umstellung auf heimische Eiweißfuttermittel

Derzeit beansprucht die EU über 35 Mio. Hektar Ackerland in anderen Ländern der Welt, ein großer Teil davon zur Produktion von v.a. Soja für die Futtermittelproduktion. Andererseits hat unsere Fleisch-Überproduktion und Exportorientierung verheerende Auswirkungen für viele Entwicklungsländer, deren lokale Märkte durch den Export von hier unerwünschten Fleischteilen zu Dumpingpreisen zerstört werden. Aufgrund der vielen Massentierhaltungsanlagen hat Niedersachsen einen hohen Anteil daran.

Niedersachsen muss die Abhängigkeit von Futtermittelimporten durch die Entwicklung und Umsetzung einer eigenen Eiweißfutterstrategie langfristig reduzieren. Leguminosen wie Ackerbohnen, Futtererbsen und Lupinen genauso wie Rapsschrot und die Nutzung von Dauergrünland können einen guten Teil der nötigen Proteine im Tierfutter bereitstellen. Zudem brauchen Leguminosen keinen Stickstoffdünger und erhöhen die blühende Vielfalt in der Landschaft. Flankiert werden muss dies durch die Reduktion des Tierbestandes und eine strikte Flächenbindung der Tierhaltung.

### 2. Unterstützen Sie die langfristige Umstellung auf heimische Eiweißfuttermittel?



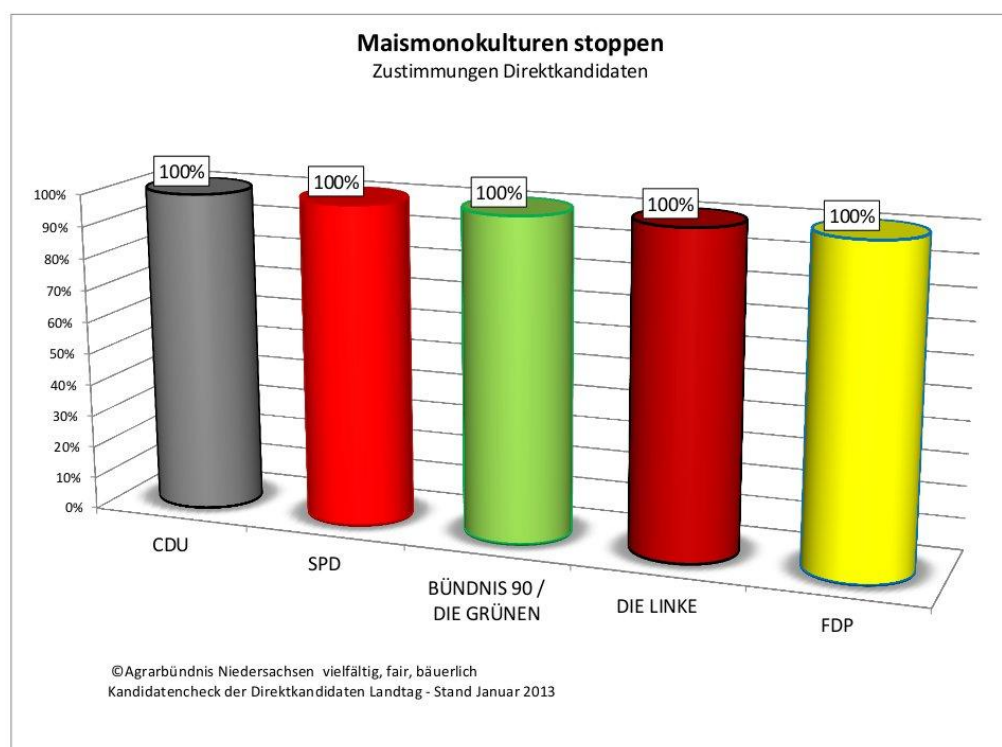
## Maismonokultur stoppen

Mais hat immense Vorteile, weil er als C4-Pflanze effektiv Sonnenenergie in Biomasse umwandeln kann und sich gut als Futtermittel und Energiepflanze eignet. Allerdings haben in den letzten Jahrzehnten Maismonokulturen durch fehlgeleitete agrarpolitische Fördermaßnahmen immens zugenommen. Das alte EEG hat einen Boom von Biogasanlagen ausgelöst. In Niedersachsen werden mittlerweile mehr als 200.000 ha Ackerfläche zum Maisanbau als sogenannter nachwachsender Rohstoff für Biogasanlagen genutzt. Doch die Klimabilanz mit Mais beschickter Biogasanlagen ist im Vergleich zu Biogas aus Reststoffverwertung meist schlechter. Im Umfeld von Biogasanlagen entstehen Hunderte Hektar Maismonokulturen. Aufgrund langfristiger Lieferverträge werden damit umweltbelastende Landnutzungsformen auf Jahrzehnte zementiert, die den Flächenbedarf bei uns enorm erhöhen und damit auch den Druck auf die Inanspruchnahme externer Flächen. Die „Vermaisung“ der Landschaft degradiert fruchtbaren Ackerboden und beschleunigt den Artenschwund, da Mais im Gegensatz zu Grünland oder herkömmlichen Ackerkulturen Tier- und Pflanzenarten keinen adäquaten Lebensraum bietet. Selbst Allerwelts-Arten wie Feldlerche und Kiebitz sind bei uns mittlerweile selten geworden. In anderen Ländern ist die Biodiversität durch den steigenden Druck auf weltweite Ackerböden ebenfalls gefährdet. Kommt es zu Leckagen an Biogasanlagen, drohen ganze Gewässersysteme umzukippen.

Niedersachsen muss sich in der EU-Agrarreform für eine mindestens dreigliedrige Fruchtfolge von max. 50% einer Fruchtart und mindestens 20% Leguminosen einsetzen.

Biogasanlagen dürfen nach einer Übergangszeit von 3 Jahren nur noch nach Abzug der Gülle mit max. 50% Mais gefüttert werden.

### 3. Unterstützen Sie die Forderung, die Maismonokultur zu reduzieren und setzen sich für mehr Vielfalt hinsichtlich der Produktion von Energiepflanzen ein?



## Bäuerliche Strukturen unterstützen - Ökolandbau deutlich erhöhen

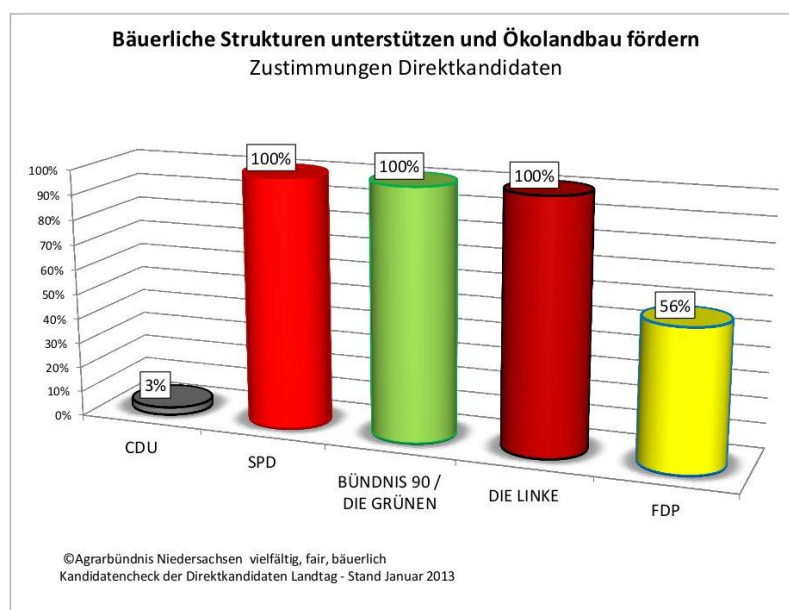
Kleine und mittelständische landwirtschaftliche Familienbetriebe zeichnen sich häufig durch höhere Vielfalt, regionale Strukturen und soziale, ländliche Identität aus. Sie schaffen Arbeitsplätze auf dem Land und erhalten die Kulturlandschaft. Seit 2003 haben in Niedersachsen 30.000 Landwirte und ihre Familien den Betrieb aufgegeben. Daraus folgt eine hohe Spezialisierung und Konzentration der Produktion unserer Lebensmittel.

Das Land Niedersachsen muss sich zum Ziel setzen, bäuerliche Strukturen zu erhalten und den Großbetrieben Einhalt zu gebieten. Auf europäischer Ebene muss sich Niedersachsen für eine an gesellschaftlichen Leistungen orientierte Subventionsverteilung einsetzen. Die Subventionsverteilungen dürfen nicht ausschließlich nach der Hektarzahl berechnet werden. Voraussetzung für die Ausbezahlung der Förderungen muss die Einhaltung einer vielfältigen Fruchtfolge mit maximalem Anteil einer Frucht von 50 % und mindestens 20 % Leguminosenanteil sein. Arbeitsintensive Wirtschaftsweisen müssen mit der Bindung der Subventionszahlung an Arbeitsplätze honoriert werden.

Durch die Orientierung des ökologischen Landbaus an weitgehend geschlossenen Wirtschaftskreisläufen, sowie den Verzicht auf mineralische und chemische Spritzmittel und einer flächenabhängigen Erzeugung bei Berücksichtigung höherer Tierschutzstandards, entstehen weniger negative Auswirkungen auf die Umwelt als in der konventionellen Landwirtschaft. Der Marktanteil von Bioprodukten in Niedersachsen liegt derzeit bei 5 % mit weiter steigender Tendenz. Die Nachfrage nach Biolebensmitteln kann von den heimischen Erzeugern allerdings nicht ansatzweise gedeckt werden. Der Flächenanteil des Ökolandbaus in Niedersachsen beträgt nur knapp 3% - er ist damit bundesdeutsches Schlusslicht. Die niedersächsische Förderpolitik schafft bislang keine wirksamen Anreize, die Umstellung auf Ökolandbau zu unterstützen. Das muss sich ändern. Ziel muss sein, den Flächenanteil vom Ökolandbau merklich zu erhöhen und kleinen und mittelständischen Betrieben eine Perspektive zu schaffen.

In der zweiten Säule muss Niedersachsen bäuerliche und ökologische Betriebe gezielt stärken: Beispiele dafür sind die Ausgestaltung der Investitionsbeihilfen, die stabile Förderung der Umstellung auf Ökolandbau und die Erhöhung der Beibehaltungsprämie sowie die Umsetzung weiterer Agrarumweltmaßnahmen. In der öffentlichen Beschaffung muss schrittweise verpflichtend ein immer höherer Anteil regional erzeugter, ökologischer und gentechnikfrei erzeugter Lebensmittel (bei Importen fair gehandelte Ware) in Kantinen, Schulen etc. verwendet werden.

### 4. Unterstützen Sie die oben beschriebene Förderstrategie der kleinen und mittelständischen Betriebe und des Ökolandbaus?



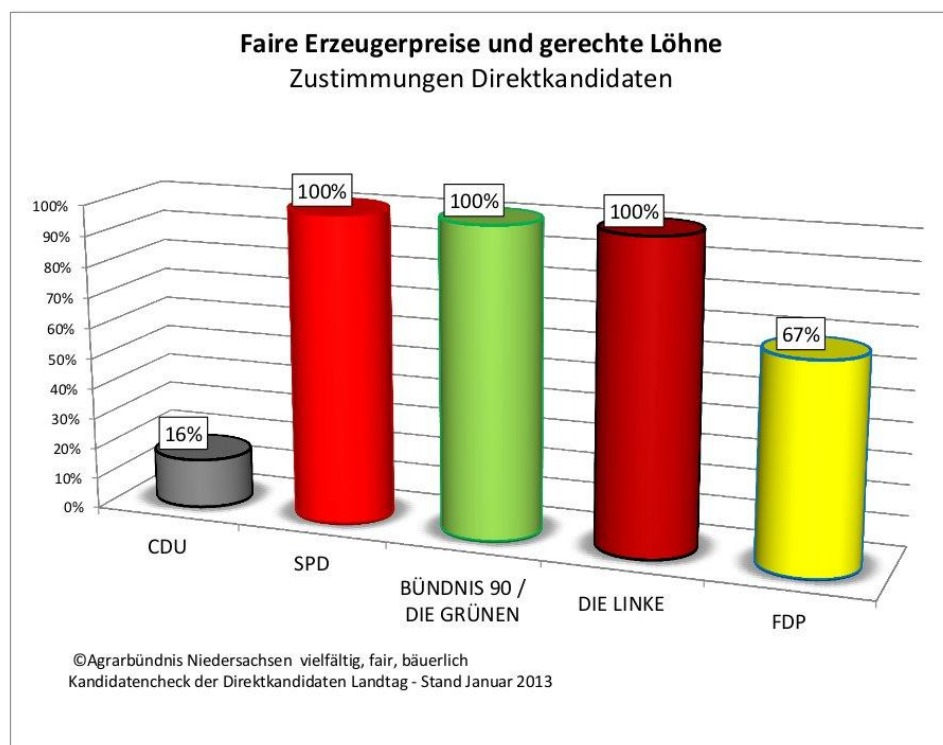
## Faire Preise und Mindestlöhne

Landwirtschaft erfüllt mehr Aufgaben als nur die Erzeugung von Lebensmitteln. Sie soll auch die Kulturlandschaften erhalten, für Biodiversität sorgen, das gesellschaftliche Leben auf dem Land erhalten und dort Arbeitsplätze schaffen. Damit Landwirtschaft ihre Multifunktionalität erfüllen kann, müssen die Bäuerinnen und Bauern und die handwerklichen LebensmittelverarbeiterInnen ein angemessenes Einkommen für ihre Arbeit und ihre Produkte generieren können.

Deshalb brauchen wir eine am Bedarf orientierte, nachhaltige, qualitativ hochwertige und regionale Lebensmittelerzeugung. Hierzu müssen den ErzeugerInnen faire und kostendeckende Preise ausbezahlt werden. Die Machtkonzentration auf Molkereikonzerne und Handel muss gestoppt werden. Stattdessen brauchen MilchbäuerInnen und VerbraucherInnen mehr Marktmacht, um die bäuerlichen und gesellschaftlichen Interessen durchzusetzen. Für Marktverhandlungen muss eine europäische Monitoringstelle eingeführt werden, besetzt mit VertreterInnen aus Erzeugung, Verarbeitung, Handel und Verbrauchern. Sofort einzustellen ist die Ausbeutung der ArbeiterInnen in der Land- und Lebensmittelwirtschaft. Um diesen Missstand zu beheben sind Mindestlöhne einzuführen. Die Grundsicherung für Erwerbslose, ältere Menschen und erwerbsunfähige Menschen muss deutlich angehoben werden. Auch Mindestlöhne müssen ein Niveau haben, damit gerechte Preise für Lebensmittel aus regionalem, fairem und bäuerlichem Anbau bezahlt werden können.

Handwerkliche Verarbeitungsbetriebe und regionale Vermarktungsstrukturen sind zu unterstützen und wieder aufzubauen.

### 5. Unterstützen Sie die Durchsetzung von fairen Erzeugerpreisen und gerechten Löhnen in der Land- und Lebensmittelwirtschaft?





## Gentechnikfreies Niedersachsen

Um die Wahlfreiheit der VerbraucherInnen sicher zu stellen, muss sich Niedersachsen bei der EU-Kennzeichnungsverordnung dafür einsetzen, dass zukünftig auch tierische Lebensmittel, die mit gentechnisch veränderten Futterpflanzen erzeugt wurden, verbindlich und klar sichtbar am Endprodukt gekennzeichnet werden. In Niedersachsen muss der Absatz tierischer Erzeugnisse, die „ohne Gentechnik“ erzeugt worden sind, bei öffentlichen Veranstaltungen und in der öffentlichen Verpflegung (Landtagskantinen, Kindergärten, Altenheime etc.) schrittweise verpflichtend eingeführt werden.

Niedersachsen muss den Anbau und die Freisetzung von gentechnisch veränderten Pflanzen verbieten, damit wir unseren derzeitigen Wettbewerbsvorteil – Erzeugung gentechnikfreier pflanzlicher Rohstoffe – langfristig sichern. Niedersachsen muss sich deshalb dafür einsetzen, dass auf EU-Ebene keine neuen GV-Pflanzen zum Anbau zugelassen werden.

Verbraucherschutz fängt an den Schulen an. 2008 bis 2011 fand an 4 hannoverschen Schulen das Modellprojekt „HannoverGEN“ statt. Mit über 1 Mio. Euro Landesmitteln wird versucht, Agrogentechnik „salonfähig“ zu machen. Das Projekt HannoverGEN sowie die geplante Ausweitung auf NiedersachsenGEN ist sofort zu stoppen.

**6. Setzen Sie sich auf dieser Grundlage dafür ein, dass sich Niedersachsen zum agrogentechnikfreien Bundesland erklärt - auf dem Acker, in öffentlichen Einrichtungen und in den Schulen?**

